



Freie Berufe

mit Detailberichten:

- Rechtsberatung
- Wirtschaftstreuhand, Steuerberater
- Architektur- und Ingenieurbüros
- Ärzte

Februar 2019

Branchenberichte – Rückblick

- Dezember 2018: Forstwirtschaft und Holzverarbeitung
- November 2018: Bauzulieferer
- September 2018: Bauwirtschaft
- Juli 2018: Personentransport

Branchenberichte – Vorschau

- Februar 2019: Werbung

Branchen Überblick

- Oktober 2018: Branchen Überblick Herbst 2018
- Oktober 2018: Tourismus 2HJ/2018

Autor: Günter Wolf

Impressum

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
UniCredit Bank Austria AG
Economics & Market Analysis Austria
Rothschildplatz 1
1020 Wien
Telefon +43 (0)50505-41954
Fax +43 (0)50505-41050
E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: Februar 2019

Zusammenfassung

■ Struktur und Strukturänderung

In den Kanzleien und Praxen von 51.000 freiberuflichen Rechtsberatern, Wirtschaftstreuhandern, Zivilingenieuren und Ärzten arbeiten 129.000 beziehungsweise 3,6 % aller unselbständig Beschäftigten Österreichs. Der Sektor ist überdurchschnittlich wachstumsstark und wenig konjunktursensibel. (Seite 4f)

■ Überdurchschnittlich hohe, zunehmend schwächer wachsende Einkommen

Freiberufliche Leistungen sind vor allem aufgrund der hohen Qualifikationen der Leistungserbringer relativ teuer und die Einkommen in den Berufen entsprechend hoch. Der Einkommensvorsprung gegenüber den Lohneinkommen wird aber geringer: Seit 2001 sind die durchschnittlichen Einkommen in Freien Berufen jährlich um 1,2 % gestiegen, die Bruttoeinkommen unselbständig Beschäftigter um rund 2 %. (Seite 6)

■ Wirtschaftsnahe Freie Berufe

Wirtschaftsnahe Dienstleistungsbranchen wachsen langfristig rascher als die Gesamtwirtschaft, wobei der Wachstumsspitzenreiter, die gewerblichen Unternehmensberater, die freiberuflichen Bereiche Rechtsberatung, Wirtschaftstreuhand und Zivilingenieurwesen deutlich hinter sich lassen. (Seite 7f)

- ▶ Rechtsanwälte: Die Anwaltsdichte und der Konkurrenzdruck in der Branche haben in den letzten Jahren noch leicht zugenommen; zugleich ist auch die Nachfrage nach Rechtsberatungsleistungen gestiegen, wird aber 2019 an Schwung verlieren. (Seite 9f)
- ▶ Wirtschaftstreuhand: Die konjunkturresistente Branchennachfrage hat 2018 zwar etwas vom Schwung der Vorjahre verloren, ist aber weiter gewachsen. Innerhalb der Branche sind die Erfolge vermutlich sehr ungleich verteilt. (Seite 11f)
- ▶ Architektur- und Ingenieurbüros: Die Branche profierte in den letzten Jahren von der lebhaften Baukonjunktur und kann auch 2019 und 2020 mit leicht steigenden Aufträgen rechnen. Langfristig werden die Bauwirtschaft und die Nachfrage nach Architektenleistungen nur relativ langsam wachsen, während die Ingenieurbüros zum Teil zumindest von der stärkeren Industrienachfrage profitieren. (Seite 13)

■ Ärzte

Von den 51.000 registrierten Ärzten sind rund 22.000 zumindest teilweise selbständig im niedergelassenen Bereich tätig. Ihre Zahl ist in den letzten zwanzig Jahren nur mehr um 1,2 % im Jahr gestiegen, die Gesamtzahl an Ärzten um 2,2 %. In Summe ist Österreich überdurchschnittlich gut mit Ärzten versorgt. (Seite 14f)

Auch die ausbezahlten Honorare der Krankenkassen wachsen langsamer als die öffentlichen Ausgaben für die gesamte ambulante Gesundheitsversorgung. Die schwachen Ausgabensteigerung im niedergelassenen Bereich waren vor allem der rigiden Vergabe von Kassenverträgen geschuldet. (Seite 17)

Rund 10.100 niedergelassene Ärzte arbeiten ohne Kassenvertrag als Privat- und/oder als Wahlarzt. Ihre Zahl wächst seit Jahren überdurchschnittlich rasch, während die Zahl der Kassenstellen sogar leicht gesunken ist. Die Einkommen der Wahlärzte liegen im Durchschnitt um 90 % unter jenen der Kassenärzte. (Seite 17)

Engpässe in der medizinischen Versorgung Österreichs drohen, wenn überhaupt, nur in einzelnen Segmenten des Systems. Die längerfristig zu erwartenden strukturellen Veränderungen im System werden den extramuralen Bereich aufwerten. (Seite 17f)

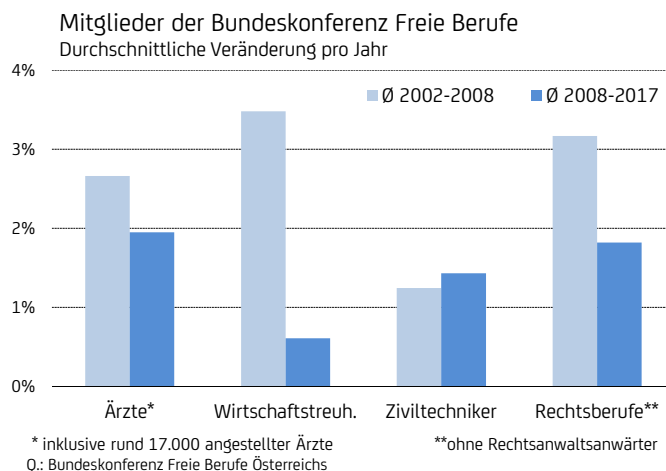
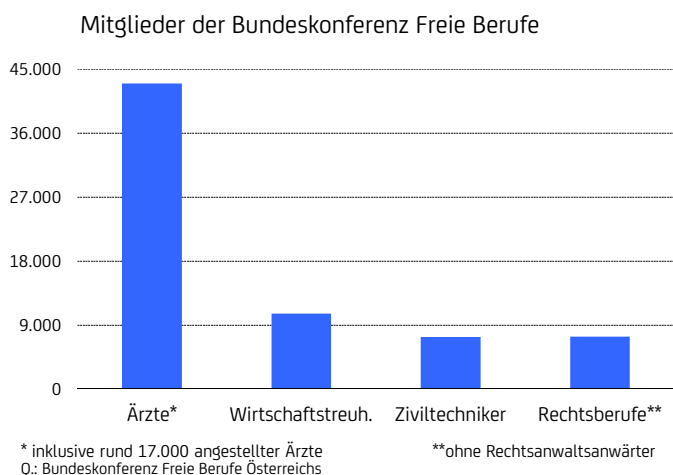
Gesundheitsberufe sind Zukunftsberufe, deren Leistungen zunehmend nachgefragt werden, angetrieben vom wachsenden Anteil alter Menschen und dem steigenden Wohlstand in der Gesellschaft. (Seite 18)

1. Sektorstruktur

Definition und Abgrenzung

Angehörige Freier Berufe erbringen, vereinfacht formuliert, persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig, Leistungen im Interesse der Auftraggeber und der Allgemeinheit. Freie Berufe sind von Arbeitgebern unabhängig, nicht gewerblich und vorwiegend im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Es gibt keine verbindliche Aufzählung Freier Berufe und nicht immer ein geregeltes Berufsbild. Versuche einer Berufsabgrenzung machen die Gewerbeordnung, die selbst nicht auf Tätigkeiten der Freien Berufe anzuwenden ist, und das Einkommensteuergesetz.

Darüber hinaus ist eine geläufige Einteilung in "verkammete" Freie Berufe (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Wirtschaftstreuhänder, Architekten) und "nicht-verkammete" Freie Berufe, wie Physiotherapeuten, Psychologen oder Übersetzer und Dolmetscher, die in Berufsverbänden organisiert sind. Berufskammern sind Körperschaften öffentlichen Rechts, die neben der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder auch staatliche Aufgaben übernehmen, beispielsweise den Schutz von Gemeinschaftsgütern, wie der Gesundheit oder der Rechtspflege. Damit müssen die Kammern auch die Interessen der Mandanten, Patienten, Auftraggeber beziehungsweise der Allgemeinheit wahren. Zudem formulieren die Berufskammern die eigenen Standesrechte, wobei die Regelwerke vor allem die Bedingungen für den Berufszugang und die Berufsausübung beziehungsweise auch Verhaltensformen und Berufspflichten festlegen



Die Auswahl der Berufsgruppen im Bericht folgt den Berufsständen der Bundeskonferenz Freier Berufe; das sind im Wesentlichen die wirtschaftsnahen freiberuflichen Dienstleister, wie die Rechtsberufe, Wirtschaftstreuhänder und Architekten, und die Gesundheitsdienstleister, die niedergelassenen Allgemein- und Fachärzte, in Summe 68.000 von insgesamt 79.000 Mitgliedern der Bundeskonferenz. Nicht berücksichtigt werden die Apotheker, die ihre Einkommen im Wesentlichen aus gewerblicher Tätigkeit generieren und als Branche zum Einzelhandel zählen, sowie Tierärzte und künstlerische beziehungsweise wissenschaftliche "freiberufliche" Tätigkeiten, die statistisch nur rudimentär dokumentiert sind.

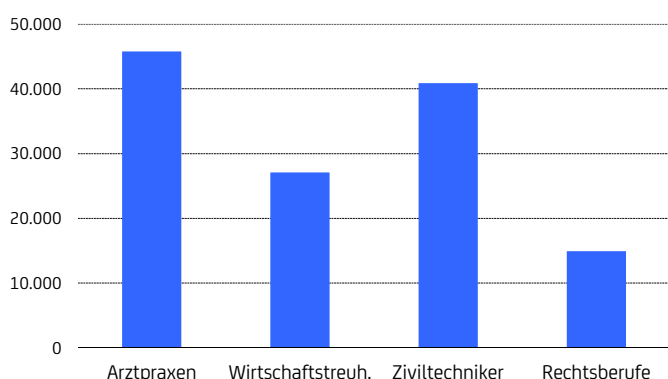
Neben den Mitgliederstatistiken der Berufsgruppen- bzw. der Interessenvertretungen Freier Berufe stehen branchenübergreifende statistische Informationen in Form der personenbezogenen Einkommensteuerstatistiken zur Verfügung (mit den jüngsten Daten aus 2015; Tabelle S. 6) und die Leistungs- und Strukturhebungen (mit vorläufigen Daten aus 2017, aber ohne die Gesundheitsberufe; Tabelle S. 7).

Zahl der Freiberufler wächst trotz hoher Regulierungsdichte fast ungebremst

Seit 2002 ist die Zahl der Berufsgruppenmitgliedschaften bei Freien Berufen kontinuierlich gestiegen, bis 2017 um insgesamt 36 %. Gleichzeitig wurden im Sektor auch rund 28 % mehr Beschäftigte eingestellt; im Vergleich dazu sind in Österreich insgesamt nur 17 % mehr neue Arbeitsplätze entstanden. Damit arbeiten in den rund 51.000 Kanzleien, Büros und Praxen der Freiberufler, die Gegenstand der folgenden Analyse sind, zusätzlich zu den Selbständigen 129.000 beziehungsweise 3,6 % aller unselbständig Beschäftigten Österreichs.

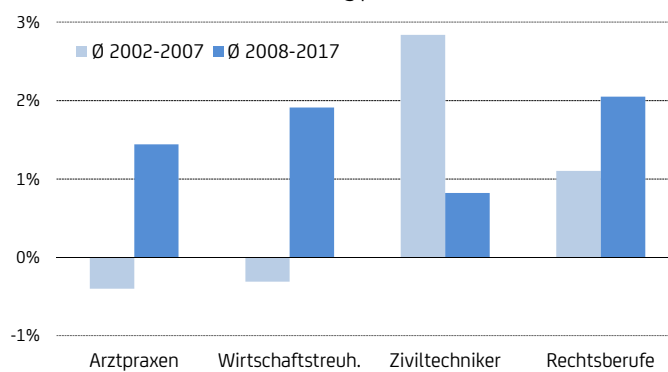
Die Freien Berufe sind ein veritabler Beschäftigungsmotor der heimischen Wirtschaft und übernehmen eine konjunkturstabilisierende Funktion, wie zuletzt in den Krisenjahren 2008 und 2009, als in dem Bereich neue Jobs entstanden sind. Die relative Konjunkturunabhängigkeit des Sektors erklärt sich vor allem damit, dass beispielsweise einzelne Leistungen sehr oft unaufschiebbar sind, beispielsweise ärztliche oder juristische Interventionen.

Unselbständig Beschäftigte bei Freien Berufen



Q.: Statistik Austria; UniCredit Research

Unselbständig Beschäftigte bei Freien Berufen
Durchschnittliche Veränderung pro Jahr



Q.: Statistik Austria; UniCredit Research

Strukturänderungen im Bereich der Freien Berufe sind auch deshalb mehr das Ergebnis von Änderungen im Regelwerk als des Konjunkturverlaufs; so erklärt sich der relativ schwache Anstieg der Kammermitgliedschaften bei den Wirtschaftstreuhändern in der Periode 2008 bis 2017 vor allem mit dem starken Mitgliederschwund 2012, der wiederum die Folge des Wechsels der Buchhalter in die Wirtschaftskammer war (Grafik S. 4). Ebenso sind die relativ hohen Einkommen in einzelnen Freien Berufen in erster Linie die Folge des vielfach hohen Qualifikationsniveaus und der hohen Dienstleistungspreise und nicht unbedingt nachfrageinduziert; auch wenn der zunehmende Konkurrenzdruck die Einkommensentwicklung in einzelnen Branchen deutlich bremst (Tabelle S. 6).

Darüber hinaus sind die hohen Einkommen kein plausibler Indikator für die hohe Regulierungsdichte beziehungsweise der strengen Zugangsregeln, wie sie in vielen Freien Berufen noch gegeben sind. Für einen internationalen Vergleich der Ergebnisse auf Branchenebene stehen die Profitraten zur Verfügung, die in Österreich vor allem bei den Rechtsberufen mit 46 % unverändert zu den höchsten in der EU zählen (im Vergleich dazu erzielten die Wirtschaftsprüfer und Ziviltechniker Profitraten von 28 % respektive 21 %, Österreichs Industrie nur 11 %).

Allerdings zeigt eine Beurteilung der Regulierungssysteme im Bereich der Freien Berufe aus 2017, dass die Regulierungsdichte bei den Rechtsberufen, mit Ausnahme der Patentanwälte, nur in etwa auf EU-Niveau liegt. Überdurchschnittlich hohe Marktregulierungsmaßnahmen wurden nur bei den Architektur- und Ingenieurbüros festgestellt (zudem bei Fremdenführern und Immobilienmaklern; Q.: EU DG Internal Policies, 2017). Auf jeden Fall beantwortet der Systemvergleich nicht, ob die mit den Maßnahmen einhergehenden Wettbewerbsbeschränkungen zu Ineffizienzen führen und letztendlich die Dienstleistungen in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern verteuern. Vereinfacht formuliert, dienen die Regulierungen im Bereich der Freien Berufe dazu, Informationsasymmetrien zwischen den Anbietern und ihren Klienten auszugleichen.

Überdurchschnittlich hohe, aber zunehmend schwächer steigende Einkommen bei den Freien Berufen

Aufgrund des hohen Anteils an Akademikern beziehungsweise der gut ausgebildeten Beschäftigten in Freien Berufen sind die angebotenen Leistungen relativ teuer und die Einkommen in dem Bereich entsprechend hoch. Überdurchschnittlich hoch sind auch die Einkommensunterschiede zwischen den Berufsgruppen und innerhalb der Sparten. Beispielsweise veranlagten Veterinärmediziner zur Einkommensteuer durchschnittlich 41.000 € im Jahr, Fach- und Zahnärzte hingegen rund 120.000 €. Im Vergleich dazu liegt das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen der unselbständig Beschäftigten in Österreich bei 32.000 €.

Der Abstand zwischen den Durchschnittseinkommen Freier Berufe und den durchschnittlichen Lohneinkommen hat sich langfristig verringert: Seit 2001 sind die zur Einkommensteuer veranlagten Einkommen Freier Berufe um 1,2 % im Jahr gestiegen, die Bruttoeinkommen unselbständig Beschäftigter um rund 2 %. Nach 2008 hat sich der Abstand wieder leicht erhöht, vor allem aufgrund stärkerer Einkommenszuwächse im Veterinärwesen, bei den Fachärzten und den Allgemeinmedizineren. Zugleich stagnierten die Einkommen der Wirtschaftstrehänder, Unternehmensberater und Ziviltechnikbüros in den Jahren nach 2008 (wobei der längerfristige Vergleich der zur Einkommensteuer veranlagten Einkommen nur mit Vorbehalt möglich ist, da die Fallzahlen zum Teil stark schwanken und damit ein verzerrtes Bild der Einkommenssituation der jeweiligen Berufsgruppe liefern).

Einkommen in ausgewählten Freien Berufsgruppen

	Fälle ¹				Einkommen				Ø Einkommen pro Fall			
	Ø01-08	Ø08-13	Ø13-15	in Mio. €	Ø01-08	Ø08-13	Ø13-15	in 1000 €	Ø01-08	Ø08-13	Ø13-15	
Notare, Rechtsanwälte	7.080	5%	3%	1%	693	0%	10%	5%	98	-5%	5%	3%
Steuerberater, Wirtschaftspr.	9.840	4%	0%	-2%	512	3%	1%	1%	52	-1%	1%	2%
Unternehmensberater ²	25.741	3%	1%	-1%	1.223	5%	-1%	1%	48	2%	-1%	2%
Architektur- u. Ingenieurbüros	18.901	2%	0%	-1%	824	4%	-1%	1%	44	2%	-1%	2%
Allgemeinmediziner	14.247	0%	1%	0%	1.248	1%	2%	5%	88	1%	1%	4%
Fachärzte	15.440	2%	3%	1%	1.924	3%	4%	5%	125	1%	1%	4%
Zahnärzte	4.659	4%	2%	1%	553	5%	3%	3%	119	1%	1%	3%
Veterinärwesen	2.492	2%	0%	1%	103	6%	2%	6%	41	2%	2%	6%

1 Zur Einkommenssteuer veranlagte Fälle 2015 (Steuer- und Nullfälle)

2 Public Relations- und Unternehmensberater; die Tätigkeiten unterliegen der Gewerbeordnung und sind keine Freien Berufe im engeren Sinn, laut Einkommenssteuergesetz aber eine freiberufliche Tätigkeit; Veränderungen 2012-2015

Q.: Einkommenssteuerstatistik, UniCredit Research

Stand: Jänner 2019

2. Wirtschaftsnahe Freie Berufe

Wirtschaftsnahe Dienstleistungsunternehmen in Freien Berufen¹

	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatzerlöse			WS ² in % Erlöse		
	Ø08-13	Ø13-16	Ø08-13	Ø13-16	Mrd. €	Ø08-13	Ø13-17			
Rechtsberatung ³	6.000	3,7%	1,6%	26.700	3,9%	1,4%	2,8	3,9%	3,6%	69%
Wirtschaftsprüfung	7.700	2,3%	1,2%	38.700	2,3%	2,0%	3,4	3,8%	4,1%	66%
Unternehmensberatung	13.200	2,0%	1,9%	30.700	3,5%	1,4%	3,5	2,0%	3,8%	54%
Architekturbüros u.a.	16.100	2,2%	0,8%	62.700	1,9%	1,9%	7,6	-1,0%	3,6%	50%

¹ Daten aus der vorläufigen Leistungs- und Strukturerhebung 2017

² Wertschöpfung: Erlöse - Vorleistungen (überwiegend Personalaufwand und Gewinne)

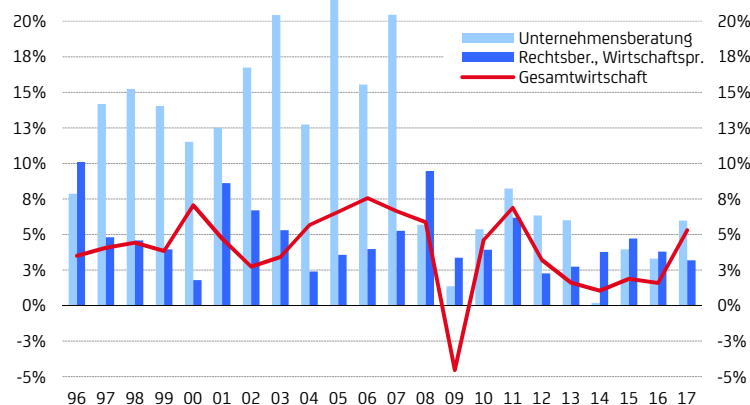
³ Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Mediatoren u. a.

Q.: Statistik Austria, UniCredit Research

Zu den wirtschaftsnahen Freien Berufen zählen im Wesentlichen die Rechtsberatung, Wirtschaftstreuhand und Architektur- und Ingenieurbüros. Die Branchen werden statistisch zur Wirtschaftsklasse „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ gezählt, unter anderem mit den Unternehmensberatern und dem Werbewesen, Branchen, die der Gewerbeordnung unterliegen. In Summe trägt die Wirtschaftsklasse 5,4 % zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei, die wirtschaftsnahen Freien Berufe knapp 3 %.

Stark schwankende Beratungsnachfrage

Nominelle Produktionswerte, Veränderungen zum Vorjahr



Q.: Statistik Austria; UniCredit Research

Langfristig hohes, aber volatiles Wachstum

Die wirtschaftsnahen Freien Berufe sind in den letzten zwanzig Jahren zum Teil deutlich rascher als Österreichs Wirtschaft insgesamt gewachsen. Wachstumsspitzenreiter in diesem Bereich waren die gewerblichen Unternehmensberater, die seit Mitte der 90er Jahre ein Plus des nominellen Produktionswertes von jährlich rund 10 % verbuchten. Die Rechtsberatung, die Wirtschaftsprüfer und die Ziviltechniker erzielten im selben Zeitraum jeweils ein Produktionswachstum von durchschnittlich 4,5 % im Jahr (im Vergleich zu rund 4 % der Gesamtwirtschaft).

Wesentliche Wachstumsimpulse erhalten die Dienstleister in diesem Bereich vom Outsourcing unternehmensinterner Serviceabteilungen, nicht nur von den produzierenden Sektoren. Zudem förderten die Nachfrage die Wettbewerbsverschärfung im Zuge der Öffnung der Produktmärkte und die Umsetzung beratungsintensiver neuer Regulierungsmaßnahmen, etwa im Finanzdienstleistungsbereich.

Wachstum hat sich 2018 nur wenig verlangsamt

2017 beendete die Sparte Rechtsberatung und Wirtschaftsprüfung mit einem im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlichen Plus des Produktionswertes von 3,2 % auf 6,6 Mrd. €. Hingegen verbuchten die Unternehmensberater ebenso wie Architektur- und Ingenieurbüros 2017 wieder relativ starke Zuwächse von 6 % auf 10,5 Mrd. € respektive von 4,4 % auf 8,4 Mrd. € (Q.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung).

Für 2018 stehen vorerst nur die Umsatzergebnisse auf einer höher aggregierten Ebene aus den Konjunkturerhebungen zur Verfügung, wonach der Bereich Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung das Wachstumstempo vom Vorjahr in etwa beibehalten konnte. Hingegen hat sich das Umsatzwachstum der Sparte Architektur- und Ingenieurbüros leicht beschleunigt, von durchschnittlich 5,5 % 2017 auf über 6 % in den ersten drei Quartalen 2018.

Die anhaltend gute Konjunktur 2018 in fast allen Teilbereichen bestätigt sich auch an der Zahl neuer Arbeitsplätze, die bis November in der Sparte Rechtsberatung um 1,5 %, bei den Wirtschaftstreuhandern um 4 %, den Unternehmensberatern um 5 % und bei den Ziviltechnikern sogar um knapp 6 % gestiegen ist. Mit Ausnahme der Rechtsberatung, wo die Beschäftigung in etwa dem Tempo der letzten zehn Jahre zulegte, sind in allen Sparten deutlich mehr Jobs als in den vergangenen Jahren entstanden.

Ad. Boombranche Unternehmensberatung (ÖNACE 70.2)

Die Branche zählt zwar nicht zu den Freien Berufen im engeren Sinn, ist allerdings eng mit den Wirtschaftstreuhandern und den Rechtsanwälten verflochten. Und die Branche boomt: Die Zahl der Unternehmen hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt, wie die Ergebnisse der Strukturhebungen als auch die Entwicklung der Gewerbeberechtigungen zeigen (die auch 2018 wie in den drei Vorjahren um weitere 4 % gestiegen sind, gemessen an den aktiven Kammermitgliedschaften auf 19.500). Der Großteil der neu gegründeten Unternehmensberatungskanzleien dürften zwar Ein-Personen-Unternehmen geblieben sein. Gleichzeitig fanden in den letzten zehn Jahren in der Branche aber 31 % mehr unselbständig Beschäftigte einen Arbeitsplatz; ein respektables Ergebnis im Vergleich zum gesamten Beschäftigungswachstum in Österreich von rund 11 %. Das heißt, dass größere Unternehmen weiter gewachsen sind und die relativ hohe Unternehmenskonzentration in der Unternehmensberatung trotz des Gründungsbooms vermutlich noch gestiegen ist.

Die kurzfristig starken Nachfrageschwankungen, vor allem in der Unternehmensberatung, sind sowohl die Folge der höheren Konjunktursensibilität des Bereichs beispielsweise im Vergleich zur Rechtsberatung als auch die Folge der niedrigen Marktzutrittsbarrieren. Das heißt, dass Engpässe im Beratungsangebot zwar rasch ausgeglichen werden, im Konjunkturverlauf allerdings immer wieder Angebotsüberschüsse auftreten. Das heißt aber auch, dass mit jedem weiteren Deregulierungsschritt im Bereich regulierter Freier Berufe vermutlich das Angebot und der Konkurrenzdruck wachsen.

Erfreuliche Perspektiven

Die Aussichten für die Anbieter wirtschaftsnaher Beratungsleistungen, seien es klassische Unternehmensberatungen, Wirtschaftsprüfungsleistungen oder Rechtsberatungen, sind grundsätzlich positiv. Sie sind vielfach unabdingbar für das Funktionieren des Wirtschaftsablaufs und tragen damit direkt und indirekt entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden bei.

Ein Wermutstropfen ist der hohe Konkurrenz- und Preisdruck in Teilen des Bereichs, wie die seit Jahren relativ schwache Preisentwicklung vor allem bei den Unternehmensberatern vermuten lässt. Die Konkurrenz kommt hier längst nicht nur aus den eigenen Reihen, sondern zunehmend aus verwandten Bereichen, beispielsweise von Wirtschaftstreuhandern und IT-Systemanbietern.

2.1 Rechtsberatung (ÖNACE 69.1)

Sozietäten

- ▶ Schönherr Rechtsanwälte; 307 Juristen, 133 in Österreich
- ▶ Wolf Theiss; 272 Juristen, 126 in Österreich
- ▶ Freshfields Bruckhaus Deringer; rd. 2.000 Juristen, 95 in Österreich
- ▶ CHSH Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati; 190 Juristen, 95 in Österreich
- ▶ Binder Grösswang; 88 Juristen
- ▶ Dorda Brügger Jordis; 85 Juristen

(Q. Legal 500; Firmen-Homepages)

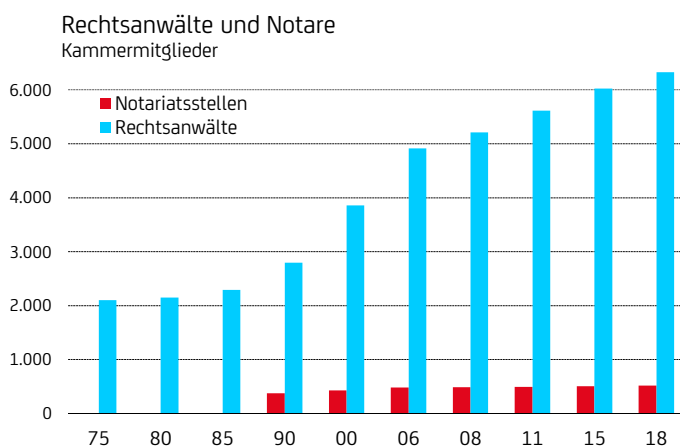
Auch wenn die traditionell einzelstaatliche Ausrichtung der Rechtsberufe längst in Frage gestellt wird und grenzüberschreitende Fusionen und Allianzen von Kanzleien auf der Tagesordnung stehen, verschieben sich die Marktanteile innerhalb der Branche nur sehr langsam; beispielsweise waren vier der sechs größten Kanzleien in Österreich schon vor zehn Jahren in den Top 6 zu finden.

Zahl selbständiger Rechtsanwälte wächst nur leicht, aber stetig

Anfang 2018 zählte die österreichische Rechtsanwaltskammer rund 6.300 Mitglieder (davon sind 87 niedergelassene europäische Anwälte). In den letzten zehn Jahren ist die Zahl selbständiger Rechtsanwälte um durchschnittlich 2 % im Jahr gestiegen und damit deutlich langsamer als noch in den zwei Jahrzehnten davor. Hintergrund des Kanzlei Gründungsbooms ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren vor allem die schwindenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Juristen im öffentlichen Dienst.

Der Zustrom zu den Rechtsberufen hat in den letzten Jahren zwar an Tempo verloren, die Anwaltsdichte in Österreich ist dennoch weiter gestiegen und mit jeder neu gegründeten Kanzlei auch der Konkurrenzdruck in der Branche. Nicht zuletzt lassen die noch geplanten Einsparungen im Justizsystem ein weiter wachsendes Angebot an Juristen in der Privatwirtschaft erwarten.

Nur wenige von ihnen werden in Notariaten eine Beschäftigung finden. Entsprechend den Planstellenvorgaben ist die Zahl der Notariate in den letzten zehn Jahren nur um durchschnittlich 0,7 % im Jahr gestiegen, bis Anfang 2018 auf 517 Stellen in Österreich.



Q.: Notariatskammer, Österreichischer Rechtsanwaltskammertag, UniCredit Research

Auf jeden Fall hat sich der Wettbewerbsdruck im Rechtsberatungsmarkt von Seiten der Mediatoren gelockert. Nachdem der Bereich in den Jahren nach Inkrafttreten des Zivilrechts-Mediations-Gesetzes 2004 einen Boom erlebte, ist die Zahl der eingetragenen Mediatoren in den letzten Jahren wieder gesunken (von rund 2.500 2015 auf rund 2.300 Einträge Anfang 2019).

Verbesserte Einkommensentwicklung bei den Rechtsberufen

Aufgrund der stark gestiegenen Zahl an Rechtsanwälten sind in der Vergangenheit sowohl die Umsätze pro Kanzlei als auch die zur Einkommensteuer veranlagten Einkommen zum Teil deutlich langsamer als in anderen Freien Berufen gestiegen. Erst in den letzten Jahren, als der Zustrom in die Rechtsberatung an Tempo verloren hat, verbesserte sich auch die Einnahmesituation in der Sparte, sowohl gemessen an den Umsatzerlösen pro Unternehmen als auch an den Personeneinkommen (vgl. Tabellen S. 6 und S. 7).

Die Umsätze pro Unternehmen der Sparte Rechtsberatung sind laut den Strukturhebungen erst ab 2013 wieder stärker gestiegen (bis 2017 um durchschnittlich 2 % im Jahr, im Vergleich zu 2,9 % bei den Wirtschaftstreuhandern und 1,9 % in der Unternehmensberatung; hier muss angemerkt werden, dass die Strukturhebungsdaten im langfristigen Vergleich nur beschränkt aussagekräftig sind).

Hingegen haben die Personeneinkommen in der Sparte schon in den Jahren davor stärker zugelegt. Der Rückgang der Einkommen pro veranlagtem Steuerfall in der Rechtsberatung von jährlich 5 % zwischen 2001 und 2008, konnte bis 2013 wieder aufgeholt werden. Auch in den folgenden zwei Jahren erzielten einkommensteuerpflichtige Personen in Rechtsberufen im Durchschnitt höhere Einkommenszuwächse als in anderen Freien Berufsgruppen.

Die Anwälte und Notare in Österreich zählen unverändert zu den Spitzenverdienern in der Riege wirtschaftsnaher Dienstleister, gemessen am durchschnittlich zur Einkommensteuer veranlagten Betrag von 98.000 € 2015 (den letzten verfügbaren Einkommensteuerdaten).

Aktuelle Spartenkonjunktur begünstigt größere Kanzleien

2017 und 2018 dürften die Nachfrage nach juristischen Dienstleistungen und damit die Umsätze und vermutlich auch die Einkommen in der Sparte in geringerem Tempo weiter zugelegt haben. Auf Spartenebene steht als aktueller Konjunkturindikator nur die Beschäftigungsentwicklung zur Verfügung, wonach in den zwei Jahren in der Rechtsberatung durchschnittlich 1,6 % neue Jobs für unselbständig Beschäftigte entstanden sind, nachdem ihre Zahl in den Vorjahren stagnierte.

Die wachsende Zahl an unselbständig Beschäftigten ist ein Hinweis darauf, dass vom Branchenwachstum vor allem größere Kanzleien, die selbst Arbeitgeber sind, profitiert haben. Das bestätigt zudem der Vergleich der Erhebungen des Branchendienstes JUVE, die ein Umsatzplus der Top-20-Kanzleien in Österreich in beiden Jahren von rund 2,8 % zeigen, mit den Strukturhebungen. Demnach verbuchte die Rechtsberatung insgesamt 2017 nur ein Umsatzwachstum weit unter der 2%-Marke (gemessen an den vorläufigen Strukturhebungsergebnissen, die aktuell nur bis 2017 verfügbar sind).

Die Nachfrage nach Rechtsberatung dürfte in den letzten zwei Jahren von den gestiegenen Complianceanforderungen der Wirtschaft gestärkt worden sein, vor allem im Rahmen der Vorbereitungen der Unternehmen auf die Datenschutz Grundverordnung, die Mitte 2018 in Kraft trat. Darüber hinaus profitierten die auf M&A-Beratung spezialisierten Kanzleien nach 2016 auch 2017 noch von einer hohen Zahl an Unternehmenstransaktionen mit österreichischer Beteiligung. Allerdings hat sich der M&A-Markt weltweit wie in Österreich 2018 wieder abgekühlt und wird sich entsprechend den Ergebnissen des aktuellen EY „Capital Confidence Barometer“ auch 2019 nicht nennenswert erholen.

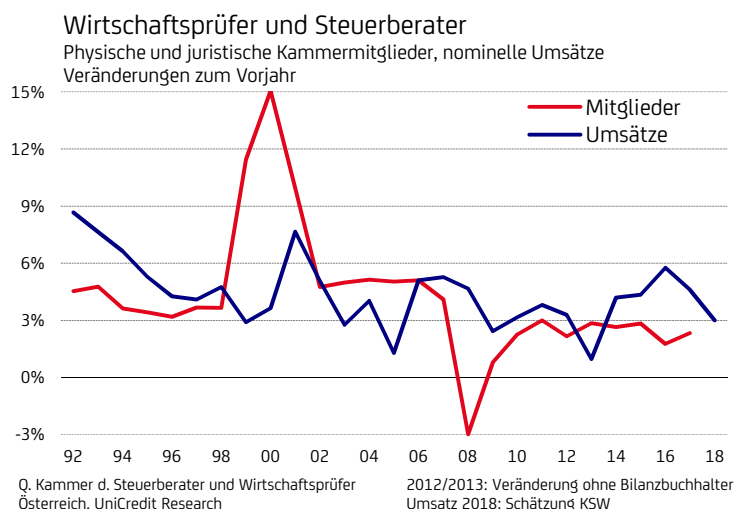
Voraussichtlich wird mit der Abkühlung des Wirtschaftswachstums 2019 der Bedarf an Rechtsberatung nicht nur in Österreich schwächer.

2.2 Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und Buchführung (ÖNACE 69.2)

Zur Branche zählen die Mitglieder der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW), das sind rund 5.700 Steuerberater und 1.900 Wirtschaftsprüfer sowie rund 3.500 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Darüber hinaus sind in der Wirtschaftskammer 5.500 gewerbliche Buchhalter registriert.

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der Mitglieder aller genannten Berufsgruppen in etwa verdoppelt. Der langfristig hohe Zustrom erklärt sich unter anderem mit dem sukzessive erleichterten Marktzutritt, vor allem der Reduktion der Berufsanwartschaft von vier auf drei Jahre und den neu geschaffenen Berufsgruppen im Buchhaltungsbereich. In den letzten zehn Jahren sind die Mitgliedschaften in Summe nur mehr schwach gewachsen, wobei von der Berufsvertretung vor allem neue Steuerberater registriert wurden und kaum Wirtschaftsprüfer.

Zugleich dürfte insbesondere im Segment Wirtschaftsprüfung die Unternehmenskonzentration weiter gestiegen sein. Einen Indikator liefern die Strukturhebungen, wonach der Umsatzanteil der Kanzleien mit mehr als 250 Beschäftigten - rund 50 Unternehmen - von 23 % 2008 auf 25 % 2016 zugelegt hat. Nur die „Big Four“ der Branche verbuchten in Österreich 2017/18 fast 20 % vom Branchenumsatz (KPMG 221 Mio. €, Deloitte 170 Mio. €, PricewaterhouseCoopers 146 Mio. € und EY 143 Mio. €).



Konjunkturresistente Branchennachfrage hat an Schwung gewonnen

Das Umsatzwachstum der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer hat sich in den letzten fünf Jahren auf rund 4 % im Jahr nominell beschleunigt, womit auch die Umsätze pro Kanzlei ebenso wie die Personeneinkommen in der Branche wieder gestiegen sind (Tabelle S. 6). Noch höher war das Umsatzwachstum der gewerblichen Buchhalter mit mehr als 7 % nominell von 2012 bis 2017. Laut den Erhebungen der Interessenvertretungen verbuchten die Steuerberater ein Umsatzvolumen von 2,5 Mrd. €, die Mitglieder des Fachverbandes Buchhaltung 2,2 Mrd. €. Für 2018 stehen nur Schätzungen zur Verfügung, wonach sich das Wachstum in beiden Bereichen jeweils auf rund 3 % abgekühlt hat.

Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass die Wirtschaftstrehänder auch in konjunkturschwachen Perioden gewachsen sind. Hintergrund davon ist nicht nur die Tatsache, dass Jahresabschlüsse immer geprüft werden müssen. Zudem profitiert die Branche vom wachsenden Konkurrenzdruck und den möglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Unternehmen in anderen Sektoren, Entwicklungen, die grundsätzlich einen erhöhten Beratungsaufwand und sehr oft größere Umstrukturierungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Trotz der ausgeprägten Konjunkturrestistenz blieb die Branche nicht von Nachfrageausfällen verschont, wie die Entwicklung der Preise für Wirtschaftstreuhandleistungen im Vergleich zu den Umsätzen vermuten lässt. Zuletzt sind die Preise in den Jahren 2009 und 2013 stärker als die nominellen Umsätze der Branche gestiegen, was auf einen Rückgang der Nachfrage hinweist.

Zudem sind die Erfolge innerhalb der Branche sehr ungleich verteilt. Einen Hinweis auf die hohen Unterschiede zwischen erfolgreichen und erfolglosen Unternehmen geben die Bilanzauswertungen der KMU Forschung Austria, wonach das „beste“ Viertel der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater im Bilanzjahr 2016/2017 im Durchschnitt einen Gewinn von 38 % vom Umsatz verbuchte, das schlechteste Viertel nur einen Gewinn von 2,7 %.

Aussichten

Die Branche wird zumindest in nächster Zukunft von nachhaltigen Nachfrageeinbußen verschont bleiben, nicht zuletzt weil wesentliche Strukturänderungen in den eigenen Reihen bereits umgesetzt wurden. Beispielsweise sind viele preissensiblere Leistungen von den gewerblichen Buchhaltungsbüros übernommen worden. Die dadurch entstandenen Umsatzausfälle im klassischen Bilanzprüfungsgeschäft konnten die Wirtschaftstrehänder in neuen Aufgabefeldern, vor allem in der Wirtschafts- und Managementberatung, kompensieren. Der Anteil der Unternehmensberatung am Treuhandumsatz ist vermutlich bei allen großen Kanzleien deutlich gestiegen (für 2017 berichtete EY bereits einen Segmentanteil in Österreich von 28 %, KPMG und Deloitte von 33 % und PwC von 24 %).

Langfristig ist das stetige Wachstum der Branche beziehungsweise aller wirtschaftsnahen Freien Berufe dennoch gefährdet, da auch im Dienstleistungsbereich mit einer weiteren „Digitalisierung“ der angebotenen Leistungen zu rechnen ist. Dahinter steht die Tatsache, dass grundsätzlich alle regelbasierten und repetitiven Arbeiten mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz zumindest teilweise automatisiert abwickelt werden können.

2.3 Architektur- und Ingenieurbüros (ÖNACE 71.1)

Von den 16.100 Büros und Unternehmen der Branche sind ein Drittel Architektur- und etwa zwei Drittel Ingenieurbüros, die zudem rund drei Viertel vom gesamten Branchenumsatz von 7,6 Mrd. € Erlösen. Die Ingenieurbüros bieten Planungs-, Konsulten- und Ziviltchnikerdienste am Bau und in anderen technischen Bereichen an, wie in der Elektro- oder Verfahrenstechnik oder der Geologie. Zu den Freien Berufen im engeren Sinn zählen nur Architekten und rund 2.500 sogenannte Ingenieurkonsulten, die dem Ziviltchniker-gesetz unterliegen und in Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulten registriert sind. Der Rest sind gewerberechtliche Ingenieurbüros und damit Wirtschaftskammermitglieder.

Architekten und technische Büros verbuchen hohe Aufträge

Die Architekturbüros, die zum Großteil von Aufträgen aus der Bauwirtschaft abhängig sind, profitieren seit Jahren von der dynamischen Bautätigkeit in Österreich. Ein Indikator für die sehr gute Auftragslage der Architekten ist das starke Beschäftigungswachstum von mehr als 25 % seit 2016 (auf Spartenebene sind die Beschäftigungsdaten die einzigen verfügbaren Konjunkturindikatoren). Da die Baukonjunktur 2019 und 2020 voraussichtlich nur langsam abkühlt - vor allem im Hochbau kann mit stabilen Zuwächsen gerechnet werden - wird auch die Nachfrage nach Architektenleistungen zumindest in reduziertem Tempo weiter zulegen.

Bei den sonstigen technischen (Ingenieur-)Büros wächst die Zahl der Jobs schon seit 2015, in Summe bis 2018 um 12 %. Die Sparte profitiert zusätzlich zur lebhaften Baukonjunktur vom Industriewachstum, das sich seit 2015 fast kontinuierlich beschleunigte.

Die aktuellen Umsatzergebnisse, die für die gesamte Branche zur Verfügung stehen, bestätigen die sehr gute Konjunkturlage der Architektur- und Ingenieurbüros; zum Umsatzplus von mehr als 5 % nominell 2016 und 2017 und über 6 % in den ersten drei Quartalen 2018 dürften beide Sparten gleichermaßen beigetragen haben.

Leistungen der Sparte bleiben in Zukunft gefragt, der Konkurrenzdruck hoch

Mit der Konjunkturerholung hat sich der Konkurrenz- und Preisdruck bei den Architekten vermutlich wenig gelockert. Gemessen an der Zahl an Studienabsolventen ist der Zustrom in den Markt in den vergangenen Jahren kaum geringer geworden. Die Berufsvertretung hat seit 2007 einen Anstieg der ausübende Architekten in Österreich von 46 % registriert (im Vergleich zu 12 % bei den Zivilingenieuren).

Dennoch ist die Architektendichte im europäischen Vergleich relativ niedrig: Der Dachverband der europäischen Architektenkammern zählt pro 1.000 Einwohner in Österreich 0,6 Architekten und im EU-Schnitt rund 1 Vertreter. Auch die Einkommen in der Sparte liegen mit durchschnittlich 48.000 € im Jahr deutlich über dem EU-Vergleichswert von 32.000 € (brutto pro Vollzeitbeschäftigten und in Kaufkraftparitäten gerechnet). Allerdings zeigt die Statistik nicht, wie ungleich die Einkommen vermutlich nicht nur im österreichischen Architekturmarkt verteilt sind. Einen Hinweis liefert die Erhebung der Kammer der Ziviltchniker für Wien, wonach rund 28 % ihrer Mitglieder weniger als 35.000 € Jahresumsatz erwirtschaften und nur knapp 6 % von ihnen mehr als 500.000 €.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die wirtschaftlich angespannten Arbeitsbedingungen vor allem für kleinere Architekturbüros in Zukunft entscheidend verbessern. In der Sparte steht ein großes Dienstleistungsangebot einer langfristig nur schwach wachsenden Bautätigkeit gegenüber.

Im Markt für sonstige technische Dienstleistungen schüren vor allem gewerbliche Technikbüros den Konkurrenzdruck. Das sind Büros, die nicht der Ziviltchnikerberufsordnung unterliegen und einen etwas einfacheren Berufszugang haben. Letztendlich dürften diese aber aufgrund der Industrienähe eines Teils der Sparte auch in Zukunft von einer etwas lebhafteren Nachfrage profitieren als die überwiegend bauabhängigen Architekturbüros.

3. Ärzte

Ärzte in Österreich

	2018	88-1998	98-2018	1998	2018
	Ø Veränderung p.a.			Anteil d. Vertragsärzte ¹	
Niedergelassene Ärzte ²	22.020	3,6%	1,3%	65%	49%
Praktische	6.590	2,5%	0,1%	69%	57%
Fachärzte	11.544	4,3%	2,4%	53%	38%
Zahnärzte	3.886	4,2%	0,8%	81%	70%
Angestellte Ärzte	26.061	3,8%	2,4%	-	-
davon: Turnusärzte	7.633	0,7%	1,4%	-	-
Gesamt, inkl. Wohnsitzärzte	50.605	3,7%	2,2%	-	-

¹ Anteil der Ärzte mit einem Vertrag bei einem oder mehreren Krankenversicherungsträgern; 2018 teilweise geschätzt

² ohne Wohnsitzärzte

Q.: ÖÄK, HV d. Sozialversicherungsträger; UniCredit Research

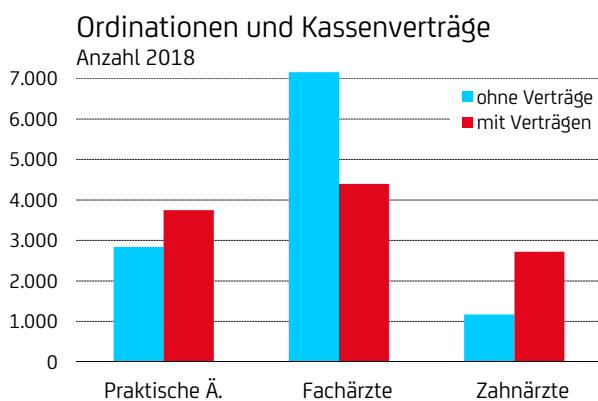
Zahl der niedergelassenen Ärzte ohne Kassenvertrag steigt

In Österreich sind rund 51.000 Ärzte registriert, davon sind 26.000 in Krankenhäusern oder sonstigen Gesundheitseinrichtungen angestellt und 22.000 selbständig in einer Ordination tätig; darüber hinaus arbeiten die Ärzte als selbständige Wohnsitzärzte ohne Ordination, beispielsweise als Schul-, Betriebs- oder Notärzte.

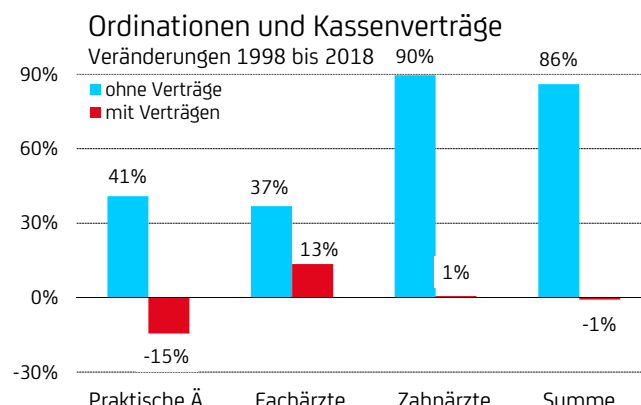
Die Zahl der niedergelassenen Ärzte ist in den letzten zwei Jahrzehnten nur mehr um durchschnittlich 1,3 % im Jahr gestiegen, wobei vor allem neue Facharztordinationen eröffnet wurden, während sich die Zahl der Allgemeinmedizinpraxen kaum veränderte.

Vermutlich werden die Praxen praktischer Ärzte mit der Erweiterung des Primärversorgungssystems wieder mehr an Bedeutung gewinnen. Das Konzept sieht die medizinische Erstversorgung im niedergelassenen, wohnortnahen Bereich, in Form multiprofessioneller Teams vor, in denen neben den Ärzten unter anderem Pflegekräfte, Therapeuten oder Diätologen entweder unter einem Dach oder auch nur elektronisch vernetzt arbeiten. Geplant ist die Aufstockung des Systems in Österreich von derzeit 13 auf 75 Zentren bis 2021.

Rund 10.100 niedergelassene Ärzte in Österreich führen ohne Kassenvertrag eine Privat- und/oder Wahlarztpraxis (ohne Zahnärzte). Von ihnen arbeiten knapp die Hälfte ausschließlich als Wahlärzte, alle anderen zusätzlich in Spitälern und/oder als Wohnsitzärzte. In den letzten



Q.: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; UniCredit Research



Q.: Hauptverband der Sozialversicherungsträger; UniCredit Research

zwei Jahrzehnten hat sich die Zahl der Wahlärzte fast verdoppelt, wobei der Anteil kassenvertragloser Facharztordinationen besonders stark zulegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Vertragsärzte um rund 1 % gesunken.

Ob und in welchem Ausmaß die Qualität der medizinischen "Nahversorgung" unter dem sinkenden Anteil von Kassenärzten leidet, kann nicht beantwortet werden. Auf jeden Fall übernehmen Wahlarztpraxen längst einen erheblichen Teil der ambulanten medizinischen Versorgung in Österreich.

Ad. Regionale und internationale Versorgungsunterschiede

Erwartungsgemäß ist Wiens Bevölkerung mit Ärzten vor allem mit Fachärzten zumindest statistisch mehr als gut versorgt, wobei eine Facharztordination durchschnittlich 500 Einwohner, im Österreichdurchschnitt 770 Einwohnern betreut. Im Vergleich dazu sind Oberösterreich, die Steiermark, Vorarlberg und das Burgenland mit Fachärzten besonders dünn besetzt.

Regionale Verteilung ärztlicher Ordinationen

	Alle Ärzte	Praktische	Fachärzte	Zahnärzte
	Einwohner pro Ordination			
2018				
Österreich insgesamt*	400	1.340	770	2.280
mit Kassenvertrag	810	2.360	2.010	3.250
	Österreich = 100			
Wien	100	102	65	87
Niederösterreich	103	90	104	121
Burgenland	114	103	117	120
Oberösterreich	118	100	132	115
Steiermark	112	98	128	98
Kärnten	105	94	116	95
Salzburg	95	98	95	88
Tirol	110	120	114	84
Vorarlberg	126	133	126	109

kleiner 100 ... relative Überversorgung, **größer 100 .. relative Unterversorgung**

* Ärzte mit Kassenvertrag und Wahlärzte

Q.: Statistik Austria, Hauptverband; UniCredit Research

Die Ärztedichte in Österreich ist eine der höchsten weltweit, gemessen an den 190 Einwohnern je berufsausübenden praktischen Arzt oder Facharzt. Hingegen ist die Zahnärztdichte relativ gering; statistisch versorgt ein Zahnarzt in Österreich 1.750 potenzielle Patienten bzw. um rund ein Drittel mehr als die Kollegen in Norwegen oder Deutschland (Tabelle S. 16).

Dennoch sind Rückschlüsse auf mögliche Versorgungsempässe oder eine medizinische Überversorgung auf Basis internationaler Vergleiche nur bedingt möglich, aufgrund erheblicher Unterschiede in den regulativen Rahmenbedingungen. Aussagen zur Zahngesundheit der Bevölkerung abgeleitet aus der Zahnärztdichte in den einzelnen Ländern sind nicht möglich.

Eine mit der Gesundheitsversorgung zufriedene Bevölkerung

Österreichs Bevölkerung ist im internationalen Vergleich medizinisch auf jeden Fall gut versorgt: 2017 wurde eine erforderliche ärztliche Untersuchung oder Behandlung in nur 0,2 % der Fälle aus Kostengründen nicht vorgenommen und in keinem Fall aufgrund zu langer Wartelisten. Die vergleichbaren Anteile im EU-Schnitt liegen bei 1 % beziehungsweise 0,7 %. Zudem garantiert der hohe fachliche Standard der Medizin für die hohe Qualität des Gesundheitssystems. Insofern verwundert es nicht, dass die Kunden das System überdurchschnittlich

positiv bewerten. Auch der Zugang zum Gesundheitssystem wird im EU-Vergleich als „gerechter“, weil einkommensunabhängiger eingestuft: Von den 20 % der österreichischen Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen fanden aufgrund zu hoher Kosten nur 0,3 % keinen Zugang zum System (2013 waren es noch 0,8 %). Auf EU28-Ebene liegt der vergleichbare Anteil bei 2,3 %, in Deutschland noch bei 0,6 % (Q.: EU SILC Haushaltsbefragungen).

Für die nur „durchschnittliche“ Einschätzung der eigenen Gesundheit sind mögliche Mängel im System sicher nicht verantwortlich. Während nur 70 % der Österreicher ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut beurteilen, sind es wenigstens drei Viertel der Iren, der Schweizer oder auch der Menschen in einigen nordeuropäischen Ländern.

Hohe Ärztedichte in Österreich

Zahl der Einwohner pro Arzt*	... Zahnarzt
Österreich	190	1.750
Norwegen	220	1.160
Schweden	220	1.250
Schweiz	240	2.000
Deutschland	240	1.180
Italien	250	1.250
Spanien	260	1.300
Tschechien	270	1.330
Dänemark	270	1.350
EU	280	1.490
Slowakei	290	2.000
Ungarn	310	1.610
Frankreich	320	1.560
Großbritannien	360	1.890

* Berufsausübende Praktische, Fach- u. Turnusärzte, ohne Zahnärzte
Q.: OECD, Eurostat; UniCredit Research

Ärzteeinkommen (1): Relativ hoch und mit großen Niveauunterschieden

Die Einkommen in den Gesundheitsberufen sind, vereinfacht formuliert, aufgrund des überdurchschnittlich hohen Qualifikationsniveaus verhältnismäßig hoch. Gleichzeitig ist auch das Einkommensgefälle zwischen und innerhalb der einzelnen Berufsgruppen sehr steil. Dafür sind in erster Linie die verschiedenen hohen Honorare der einzelnen Fachrichtungen verantwortlich, die - vereinfacht formuliert - von den Behandlungskosten und den Investitionskosten abhängen. Österreichs Krankenkassen haben 2017 für die medizinischen Leistungen von Fachärzten im Durchschnitt 418.000 € pro Arzt abgerechnet, für die Leistungen der Allgemeinmediziner 294.000 € pro Arzt.

Zusätzlich zu den Kassenhonoraren können im niedergelassenen Bereich noch Nebeneinkünfte aus der Tätigkeit als Betriebs-, Schul- oder Gemeindefacharzt anfallen oder mögliche Erlöse aus Privathonoraren. Vielfach liefern die Hausapotheken einen erheblichen Beitrag zu den Einkommen von praktischen Ärzten im ländlichen Raum: Im Schnitt liegen ihre Einkünfte um 50 % über den Einkünften von Landärzten ohne Hausapotheke (Q.: ÄrztInneneinkünfte in Österreich, IHS, 2018). Insofern würde ein stärkerer Rückgang der Zahl der ärztlichen Hausapotheken in Österreich, aktuell werden noch rund 870 gezählt, nicht nur den „Medikamentenversorgerservice“ für die Bevölkerung gefährden, sondern auf jeden Fall auch die wirtschaftliche Attraktivität mancher Ordinationsstandorte.

Wie die Einkommensteuerstatistik zeigt, wird der Niveauunterschied zwischen den medizinischen Fachrichtungen auch unter Einrechnung der Zusatzeinkommen und nach Abzug der Ordinationskosten im Durchschnitt kaum geringer: 2015 wurden von Ärzten und Zahnärzten pro Fall durchschnittlich 108.000 € zur Einkommensteuer veranlagt, davon von den Allgemeinmediziner 88.000 € und den Fachärzten 125.000 € (Tabelle S. 6).

Ärzteeinkommen (2): Unterdurchschnittliche Zuwächse im niedergelassenen Bereich insbesondere bei den Wahlärzten

Von den Gesundheitsausgaben von 38,1 Mrd. € 2017 entfielen auf den Staat und die Sozialversicherungen 28,3 Mrd. € und die privaten Haushalte und privaten Versicherungsunternehmen 9,8 Mrd. €. Die Einsparungsbemühungen im Gesundheitsbereich waren zum Teil erfolgreich, da vor allem aufgrund der schwächeren Zuwächse im Bereich der Pharma- und Medizinprodukte die gesamten Gesundheitsausgaben in den letzten zehn Jahren, mit durchschnittlich 3,5 % im Jahr, deutlich langsamer als in der Vorperiode gestiegen sind. Zugleich ist Österreich mit einem Anteil der Gesundheitsausgaben von 10,3 % des BIP im OECD-Vergleich vom fünften auf den neunten Platz gerutscht. An erster Stelle liegen unverändert die USA mit 17,2 % vom BIP, gefolgt von der Schweiz (12,3 %), Frankreich (11,5 %) und Deutschland (11,3 %).

Die ambulante Gesundheitsversorgung kostete dem Staat und den Sozialversicherungen 2016 6,9 Mrd. € (Detaildaten für 2017 sind noch nicht verfügbar), davon der Betrieb der Spitals- und sonstiger Ambulanzen 3,2 Mrd. €, die Leistungen der Zahnärzte und sonstiger Gesundheitsberufe 1,3 Mrd. € und die Leistungen der rund 8.200 Allgemeinmediziner und Fachärzte mit Kassenverträgen 2,4 Mrd. €. Während die öffentlichen Ausgaben für die ambulante Versorgung von 2006 bis 2016 um durchschnittlich 3,9 % im Jahr zugelegt haben, wurden von den Krankenkassen an ihre Vertragsärzte insgesamt nur um 2,1 % mehr Honorare im Jahr ausbezahlt. Die schwache Ausgabensteigerung war vor allem der rigiden Vergabe von Kassenverträgen geschuldet, was sich daran zeigt, dass die durchschnittlichen Honorare der Gebietskrankenkassen pro Vertragsarzt um 3,6 % pro Jahr auf rund 320.000 € gestiegen sind (für die „kleinen“ Kassen und für Zahnärzte sind keine vergleichbaren Daten verfügbar; zudem sind die abgerechneten Honorare über einen längeren Zeitraum nur eingeschränkt vergleichbar).

Deutlich unter den Kassenhonoraren liegen die Einnahmen der Wahlarztpraxen, die 2016 pro Arzt im Durchschnitt nur 212.000 € erreichten. Darin enthalten sind zusätzlich zu den an die Patienten verrechneten Leistungen alle weiteren privaten Gesundheitsausgaben im niedergelassenen Bereich (ohne die Ausgaben für Zahnbehandlungen). Die Wahlarztthonorare sind von 2006 bis 2016 nur um durchschnittlich 1,3 % im Jahr gestiegen.

Grundsätzlich erhalten Wahlärzte für ihre Leistungen die Sozialversicherungstarife, die üblicherweise unter den von Privatärzten frei vereinbarten Honoraren liegen. Für die Beurteilung der Einkommen in dem Segment muss zudem berücksichtigt werden, dass die durchschnittlichen Bruttohonorare nicht nur zwischen den einzelnen Fachrichtungen ungleich verteilt sind. Wichtiger ist die Tatsache, dass die Wahlärzte mehrheitlich angestellt arbeiten und die Ordinationen zusätzlich betreiben. Letztendlich zeigt der Vergleich der gesamten zur Einkommensteuer veranlagten Einkünfte, dass der Einkommensabstand unter Berücksichtigung aller Einkommen und nach Abzug der Kosten sogar noch größer wird. Die Einkommen der Ärzte mit einem Gebietskrankenkassenvertrag liegen im Durchschnitt um rund 90 % über den Einkommen der Wahlärzte (Q.: ÄrztInneneinkünfte in Österreich, IHS, 2018).

Die unterdurchschnittliche Einkommensentwicklung im Wahlarztsegment steht in Widerspruch zur Arbeitszufriedenheit der Ärzte, die sie in den letzten Jahren in Befragungen mehrfach zum Ausdruck gebracht haben. Hintergrund davon dürften die nicht reglementierten Öffnungszeiten und die damit mögliche freie Einteilung der Arbeitszeiten von Wahlarztpraxen sein.

Ärztliche Zukunft (1): Einsparungsmaßnahmen und mögliche Versorgungsgaps im Gesundheitsbereich

Die medizinische Versorgung in Österreich wird sich unter dem Druck knapper öffentlicher Budgets verändern, auch wenn die Praxis bisher zeigte, dass kostensparende Maßnahmen letztendlich nur zum Teil umgesetzt wurden. Grundsätzlich kommt es aufgrund der komplexen sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Gesundheitssystems mit seinen fest verankerten Institutionen zu Interessenskonflikten, die effizienzsteigernden Maßnahmen oft entgegenwirken. Vielfach fehlen auch die Berechnungsgrundlagen, um die Wirkung einzelner Maßnahmen festzustellen.

So kann die Frage, ob Österreich in den nächsten Jahren ein medizinischer Versorgungspass droht oder ob die vorhandenen Kapazitäten im System nur ungleich verteilt sind, nicht eindeutig beantwortet werden. Der „Hausärztemangel“ ist nur ein Aspekt des Problems. Die Allgemeinmediziner mit Kassenverträgen stehen im nächsten Jahrzehnt zwar vor einer Pensionierungswelle (rund 55 % von ihnen werden in dem Zeitraum das Pensionsalter erreichen beziehungsweise etwa die Hälfte aller 18.300 niedergelassenen Ärzte). Allerdings werden die offenen Stellen in dem Segment seit Jahren zunehmend von Wahlärzten besetzt. Auch die Berichte über das mangelnde Interesse, sich als Hausarzt niederzulassen - aktuell sind 129 Stellen unbesetzt - oder über zu wenige Spitalsärzte in einzelnen Regionen, implizieren nicht unbedingt einen drohenden Ärztemangel, sondern sind vermutlich in erster Linie ein Hinweis auf unattraktive Arbeitsbedingungen.

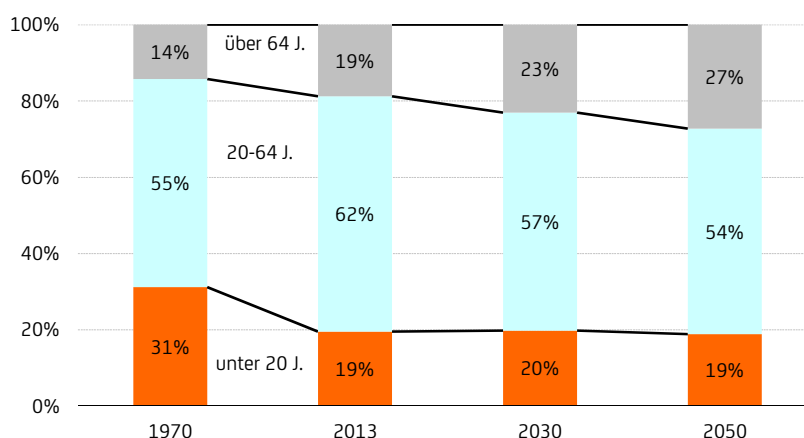
Mit der weiteren Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention und dem Ausbau der Erstversorgungszentren kann der Ärztebedarf im Land langfristig auf jeden Fall gedeckt werden. Unabhängig davon, in welchem Tempo und in welchem Umfang Strukturänderungen im österreichischen Gesundheitssystem vonstatten gehen, werden sie letztendlich den extramuralen Bereich aufwerten.

Ärztliche Zukunft (2): Profit vom kontinuierlichen Nachfragewachstum

Die Gesundheitsberufe sind klassische „Zukunftsberufe“, deren Leistungen zunehmend nachgefragt werden, angetrieben vom wachsenden Anteil alter Menschen und dem steigenden Wohlstand der Gesellschaft in einem Großteil der westlichen Welt.

Voraussichtlich wird Österreichs Bevölkerung zumindest mit abnehmendem Tempo noch in den nächsten fünfzig Jahren wachsen, gleichzeitig auch der Anteil alter Menschen und der Bedarf an medizinischer Versorgung (aktuell werden bereits rund 45 % der öffentlichen Gesundheitsausgaben für die Versorgung von 1,7 Millionen über 64-Jähriger Menschen in Österreich verwendet; Q.: Statistik Austria).

Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung steigt
Anteile der Altersgruppen an der Einwohnerzahl



Q. Statistik Austria; Bevölkerungsprognose 2018

Darüber hinaus verbreiten sich mit dem steigenden Wohlstand der Gesellschaft Zivilisationskrankheiten, vor allem Stoffwechsel- und Atemwegserkrankungen. Grob geschätzt sind ernährungsbedingte Krankheiten schon jetzt für rund ein Drittel der laufenden Gesundheitsausgaben verantwortlich. Letztendlich fördert auch das steigende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung die Nachfrage nach medizinischen beziehungsweise sonstigen Gesundheitsdienstleistungen (Stichworte sind Wellness und Schönheitschirurgie).

Zum Weiterlesen:

Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Registrieren Sie sich bitte unter https://nlreg.bankaustria.at/reg_econews_d.htm:

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen.

Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG

1020 Wien, Rothschildplatz 1

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Robert Zadrazil, Dieter Hengl, Gregor Hofstätter-Pobst, Jürgen Kullnigg, Mauro Maschio, Doris Tomanek, Susanne Wendler.

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Gianni Franco Papa, Ranieri De Marchis, Livia Aliberti Amidani, Christine Buchinger, Adolf Lehner, Mario Pramendorfer, Eveline Steinberger-Kern, Ernst Theimer, Andrea Umberto Varese, Carlo Vivaldi, Karin Wisak-Gradinger.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.).

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.